„Der Courier“
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftsstelle: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Die Kaufkraft Europas und der canadische Farmer

Daß die Lage Europas und insbesondere die furchtbar ernste deutsche Finanzkrise auch in ihren Auswirkungen auf Canada richtig gewürdigt werden, geht aus manchen bedeutsamen Aeußerungen der letzten Zeit hervor. Bemerkenswert sind in dieser Beziehung namentlich die monatlichen Bankberichte wie die der „Canadian Bank of Commerce“ oder der „Bank of Nova Scotia“. Große Bankinstitute, die gewissermaßen Thermometer der Weltwirtschaft und der Weltfinanz sind, fühlen die Temperaturschwankungen und die plötzlich eintretenden internationalen Störungen in besonders empfindlicher Weise, was bei den heutigen engen Beziehungen von Land zu Land und von Großfinanz und Politik den Kenner der volks- und weltwirtschaftlichen Zusammenhänge nicht überraschen kann.

Man beachte z. B. die folgende Stellungnahme in der Julirundschau der canadischen „Bank of Nova Scotia“, der wir folgendes entnehmen:

„Das Ende des zweiten Vierteljahres von 1931 brachte eine neue Hoffnung für die ganze Welt. Herrn Hoovers kühner Vorschlag, der nun glücklicherweise Frucht trägt, zielte unmittelbar darauf ab, einen völligen Zusammenbruch Deutschlands zu verhüten. Die dort täglich vorkommenden Plünderungen von Lebensmittelgeschäften, die fast täglich sich ereignenden Straßen- und Barrikadenkämpfe waren ominöse Vorzeichen für einen möglichen Staatsstreich. Jede Diktatur, ob nationalsozialistisch oder kommunistisch, würde ziemlich gewiß mit der Verwerfung des Versailler Vertrages begonnen haben, wodurch die öffentliche Ordnung in Europa bedroht gewesen wäre. (?)

„Leider zeigt sich bereits klar, daß der „Schuldenfeiertag“ an sich ungenügend ist, um die dem deutschen Volke drohende Krise abzuwenden. Während dieser Artikel in Druck geht, soll die Bankierskonferenz in Basel darüber entscheiden, zu welchen Bedingungen und in welchem Ausmaße sofort Kredite für Deutschland beschafft werden können. Es ist offenkundig, daß ihre Entscheidungen einen schwerwiegenden Einfluß auf Europa ausüben werden. Aber an dieser Konferenz wie an den Verhandlungen, die Herrn Hoovers Vorschlag folgen, haben auch die Warenproduzenten der Welt und besonders die Farmer ein lebenswichtiges Interesse. Stapelgüter, die auf dem Weltmarkt verkauft werden sollen, können nur gewinnbringend produziert werden, wenn die Kaufkraft in jedem Hauptteile des Weltmarktes in gesundem Zustand sich befindet. Auf dem Weltmarkt nimmt Europa eine Stellung von höchster Wichtigkeit ein. Mit Recht hat man gesagt, daß Deutschland der Grundstein des europäischen Gebäudes ist.

„Deutschland ist selbst eines der größten Lebensmittelbedarfsländer. Trotz den in den letzten Jahren unternommenen starken Anstrengungen, seinen Bedarf selbst zu decken, hat Deutschland Millionen von Bürgern, die zu ihrem Lebensunterhalt auf die Einfuhr von Getreide und anderen Nahrungsmitteln angewiesen sind. Im Interesse aller Produzenten von Feldfrüchten für Ausfuhrzwecke, überall in der Welt, ist es gelegen, daß die Millionen von deutschen Konsumenten zahlungsfähig sind. Seit zwei Jahren sind sie in zunehmendem Maße zahlungsunfähig geworden. Sie haben die schwere Steuerlast getragen, um die Reparationszahlungen zu leisten. Seit nahezu zwei Jahren ferner hat die Unmöglichkeit, ausländische Kredite zu erhalten, zu einem Goldabfluß aus Deutschland geführt, wodurch eine stark fühlbare Knappheit an Betriebskapital entstanden ist. Das Ergebnis davon ist, daß Millionen von deutschen Arbeitern heute unbeschäftigt und verarmt sind und bis vor drei Wochen hoffnungslos dastanden. Aus dieser Lage hat sich die Krisis entwickelt.

„Der Erfolg des Hooverplans trägt viel zur Erleichterung dieses Druckes bei. Für sich allein kann er nicht den Wohlstand herbeiführen, aber er schafft wenigstens eine Vorbedingung, auf Grund deren wir durch eigene Anstrengungen den Wohlstand wiederherstellen können. Es ist wahrscheinlich keine Uebertreibung, wenn man sagt, daß der Hooverplan die größte befreiende Tat seit der Abfassung des Dawesplans ist. Der letztere wurde 1924 aufgestellt, zu einer Zeit, da das deutsche Volk in gleicher Weise — vielleicht sogar noch mehr — hilflos und hoffnungslos dastand wie im Juni dieses Jahres.“

*

Soweit die Auffassung der „Bank of Nova Scotia“. Wir mögen vielleicht nicht bis zum letzten Gedanken den Worten dieser canadischen Großbank zustimmen, doch müssen wir dankbar anerkennen, daß sie mit Scharfblick und gesundem Urteilsvermögen die Zusammenhänge zwischen der verworrenen europäischen Lage und dem schweren Lose des canadischen Farmerstandes erkannt. Unwillkürlich wird man an die Resolution des zweiten Deutschen Tages für Saskatchewan erinnert, in der die sogenannten Friedensverträge und die daraus sich ergebenden Reparationen als die Hauptverantwortlichen an der Notlage Canadas wie der übrigen Welt unzweideutig und unter Angabe triftiger Gründe angeklagt wurden.

Alle Versuche, das canadische Wirtschaftsleben durch ein Handelsabkommen mit Australien oder durch Getreideausfuhr nach südamerikanischen und asiatischen Staaten zu heben, sind nur schwache und kümmerliche Ausgleichsversuche des Kompromisses, der in den Friedensdiktaten, den Reparationen und Kriegsschulden zu erblicken ist. Eine verantwortungsbewußte und zielklare canadische Regierung könnte daher dem Lande und besonders dem bedrängten Farmerstand keinen besseren Dienst erweisen, als wenn sie sich entschlösse, sich in die immer breiter werdende Front der Revisionsfreunde einzugliedern, um mit anderen Mächten die Wurzel des gegenwärtigen wirtschaftlichen Weltübels auszureißen.

Der canadische Farmer kann auf keine gewinnbringende Vermarktung seiner Produkte hoffen, der canadische Arbeiter kann auf keine besseren Beschäftigungsmöglichkeiten rechnen, der canadische Geschäftsmann wird unter der Zahlungsunfähigkeit der Farmer und Arbeiter leiden, solange die Kaufkraft Deutschlands und damit Europas nicht wiederhergestellt ist.

Kurswechsel in Rußland?

Stalin, der rote Zar, hat nach einem Bericht im „Courier“ vom 15. Juli, eine wahrhaft erstaunliche Rede gehalten. Auf einer Konferenz der führenden Wirtschaftler Sowjetrußlands hat er nämlich so ungefähr alle Grundsätze über den Haufen geworfen, die bisher bei der Durchführung des russischen Fünf-Jahres-Plans maßgebend waren. So hat er die Abschaffung der Fünf-Tage-Woche proklamiert, er forderte den Bruch mit der verlogenen Parole: „gleicher Lohn für alle!“ er verwarf das bis dahin geheiligte System einer kollektivistischen Betriebsleitung nach dem Rätemuster, forderte statt dessen vielmehr die verantwortliche Leitung der großen Werke durch fähige Einzelpersönlichkeiten, und er redete in diesem Zusammenhang direkt der Verstärkung des Einflusses der gleichen Intelligenz das Wort, die bis dahin als „Bourgeoisie“ verfemt und geächtet war, soweit das „Proletariat“ es nicht überhaupt für notwendig gehalten hatte, sie totzuschlagen. Das ist gewiß die vollständigste Abkehr von den bolschewistischen Wirtschaftsgrundsätzen, die sich nur denken läßt. Man kann getrost sagen, daß an die Stelle des bisherigen Staats-Marxismus in Sowjet-Rußland künftig der Staatskapitalismus treten soll. Hat Stalin sein wirtschaftliches Damaskus erlebt? Es spricht alles dafür, daß dem so ist. Denn trotz aller Scheinerfolge, mit denen bisher für den Fünf-Jahres-Plan Reklame gemacht wurde, hat sich offenbar erwiesen, daß der Staatssozialismus der Sowjetwirtschaft viel zu teuer produziert, eine Tatsache, die bisher durch die großzügigsten Staatssubventionen verschleiert wurde, die aber angesichts des wachsenden Elends der Bevölkerung auf die Dauer nicht mehr verheimlicht werden kann. Rußland mußte seit Jahren unter den eigenen Gestehungskosten exportieren, um nur die notwendigen Devisen für seine Einfuhr zu erhalten, und das scheint sich jetzt auf der ganzen Linie zu rächen. Mindestens wirtschaftlich ist also in Sowjet-Rußland ein vollständiger Kurswechsel zu erwarten, der aber auch politisch nicht ohne Folgen bleiben kann. Die Betrogenen werden letzten Endes die kommunistischen Sektionen außerhalb der russischen Grenzen sein, die heute noch einem utopistischen System nachjagen, das im bolschewistischen Paradies, in Sowjet-Rußland selbst, längst abgeschrieben ist.

Danzigs heimliche Besetzung

Der Völkerbundrat hatte seinerzeit im Mai den polnischen Antrag auf die Zulassung des Einmarschs polnischer Truppen zum angeblichen Schutz der polnischen Staatsbürger im Gebiete der Freien Stadt Danzig abgelehnt. Das war eine Selbstverständlichkeit. Der sattsam bekannte Herr Strasburger, der Vertreter der polnischen Regierung in Danzig, glaubt nun aber offenbar im Einvernehmen mit der Warschauer Regierung einen Weg gefunden zu haben, der eine militärische Besetzung Danzigs hintenherum gestattet. Seit Tagen patrouillieren in den Danziger Straßen nämlich ganze Trupps der polnischen Marine mit umgehängten Karabinern und gebärden sich so, als ob sie sich auf polnischem Boden befänden. Der Danziger Senat wandte sich daraufhin sofort in einer förmlichen Note an Warschau. Die polnische Regierung hat es aber nicht für erforderlich gehalten, auf die Danziger Beschwerde direkt einzugehen. In unübertrefflichem Zynismus ließ sie durch Herrn Strasburger erklären, daß ihre Marine-Patrouillen in dienstlichem Auftrag handelten! Darüber hinaus gab sie zu erkennen, daß sie es nicht für notwendig erachte, beim Danziger Senat eine Genehmigung wegen des Aufenthaltes ihrer Marine-Truppen einzuholen, zumal ja in Danzig gar keine Militärbehörde existiere. Das heißt, die Unverschämtheit auf die Spitze getrieben! Es wird höchste Zeit, daß der Völkerbundskommissar sich dieser Dinge annimmt, da Danzig sonst Gefahr läuft, vollständig von polnischen Truppen auf Schleichwegen besetzt zu werden und darüber seine vertraglich gesicherte politische Unabhängigkeit zu verlieren.

Weltumschau

Hindenburgs Appell an Hoover. Die amerikanische Presseagentur, die Assoziierte Presse, veröffentlicht den Appell des Präsidenten von Hindenburg an Präsident Hoover, der am 20. Juni vom deutschen Reichsoberhaupt nach Washington gekabelt wurde. Aus irgend einem Grunde, der nicht bekannt ist, wurde der Appell nie zuvor veröffentlicht, weder in Washington, noch in Berlin.

Nachfolgend der Wortlaut:

„Herr Präsident: Die schreckliche Not des deutschen Volkes, die jetzt ihren Gipfel erreicht hat, zwingt mich, mit diesem außergewöhnlichen Schritt an Sie heranzutreten. Das deutsche Volk hat unendlich schwere Jahre hinter sich, die im vergangenen Winter ihren Höhepunkt erreichten. Sogar in diesem Frühjahr hat sich die Hoffnung auf Besserung unserer Geschäfte und der Industrie nicht verwirklicht. Ich habe deswegen auf Grund der außerordentlichen Vollmachten, die mir durch die Verfassung des Reiches gegeben sind, Maßnahmen ergriffen, die bestimmt waren, die Ausführung der dringendsten Staatsaufgaben zu sichern und die Möglichkeit der Lebensführung unserer arbeitslosen Bevölkerung zu gewährleisten. Diese Maßnahmen schneiden tief in alle wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ein. Sie verlangen die schwersten Opfer von allen Teilen unseres Volkes. Jede Möglichkeit, die Lage durch innere Maßnahmen ohne Hilfe der übrigen Welt zu verbessern, wurde erschöpft. Die wirtschaftliche Krise, unter der die ganze Welt leidet, trifft das deutsche Volk, das seiner Ersparnisse durch die Folgen des Krieges beraubt wurde, besonders hart.

„Wie die Entwicklungen der letzten Tage zeigen, hat die ganze Welt das Vertrauen darin verloren, daß das deutsche Wirtschaftssystem angesichts der Lasten, die jetzt auf ihm ruhen, funktionieren kann. Ausgedehnte Kredite, die uns von anderen Ländern gegeben wurden, wurden zurückgezogen. Ja, in den letzten Tagen war die Reichsbank gezwungen, ein Drittel ihrer Reserven in Gold und ausländischen Wechseln an das Ausland abzugeben. Die unausbleibliche Folge dieser Ereignisse muß die weitere starke Beschränkung unseres Wirtschaftslebens und eine Erhöhung der Zahl der Arbeitslosen sein, die bereits mehr als ein Drittel der in der Industrie beschäftigten Arbeiter darstellen.

„Die Fähigkeit, der Wille zur Arbeit, und die Disziplin des deutschen Volkes rechtfertigen das Vertrauen, daß Deutschland den schweren privaten Verpflichtungen nachkommt und die privaten Anleihen, die auf ihm liegen und nicht geändert werden können, begleichen wird. Um seinen Mut aufrechtzuerhalten und um das Vertrauen zu würdigen, das die Welt in seine Fähigkeit, den Verpflichtungen nachzukommen, gesetzt hat, benötigt Deutschland aufs dringendste eine Erleichterung. Diese Hilfe muß sofort kommen, wenn kein Unglück über uns und andere hereinbrechen soll. Unserem Volk muß die Möglichkeit des Arbeitens unter Lebensbedingungen, die erträglich sind, sichergestellt werden. Die Hilfe, die so nötig ist, würde durch ihre materiellen und moralischen Auswirkungen auf die allgemeine Krise zum Wohle aller Länder gereichen. Sie würde die Lage in anderen Ländern bessern und wesentlich für Deutschland die Gefahr der inneren und äußeren Spannung und den Groll, der durch unsere Not und das Fehlen jeder Hoffnung verursacht wurde, vermindern.

„Sie, Herr Präsident, als Vertreter des großen amerikanischen Volkes, halten die Möglichkeit in Ihren Händen, die Schritte für das deutsche Volk und für die Welt zu tun, durch die ein sofortiger Wechsel in der Lage, die gefahrschwanger ist, herbeigeführt werden kann.

(gez.) von Hindenburg.“

Um die österreichisch-deutsche Zollunion. Vor dem ständigen internationalen Gerichtshof Im Haag (Holland) begann die Verhandlung der von dem Völkerbund an das Weltgericht überwiesenen Streitfrage, betreffend den von Deutschland und Oesterreich geplanten Zollverband, dessen Zulässigkeit von Frankreich und anderen Nationen angefochten wird. Dr. Viktor Bruns, ein hervorragender deutscher Rechtsgelehrter, verteidigte in eingehender Begründung die Sache des Reichs. Er machte geltend, die Einwände der Gegner des Planes seien lediglich ein Versuch, die Beschränkungen, welche Oesterreich bereits auferlegt wurden, weiter zu verschärfen. Die von den gegnerischen Nationen eingereichten schriftlichen Begründungen ihres Standpunktes dienten dem deutschen Sachwalter zu einem Hinweis auf die darin enthaltenen verschiedenen Auslegungen des Begriffes „Unabhängigkeit“, soweit er auf Oesterreich in Anwendung kommt. Wirtschaftliche und politische Gründe wurden von ihm für die Verwirklichung des Zollunion-Planes vorgebracht.

Von der Gegenseite wird geltend gemacht, daß der Plan eine Verletzung des Vertrages von St. Germain sei, nach welchem Oesterreich sich verpflichtet habe, keine Abmachung, die seine Unabhängigkeit gefährden könnte, einzugehen.

Dr. Bruns gab eine erschöpfende Darlegung des vorliegenden Falles. In sarkastischem Tone bemerkte er: „In fünf Rechtsbegründungen, die dem Gerichtshof unterbreitet wurden, sind drei verschiedene Auslegungen des Wortes „Unabhängigkeit“ enthalten. Je mehr ich diese Auslegungen erwäge, desto mehr glaube ich, daß sie nur darauf abzielen, Oesterreich weiter zu binden.“

Nach einem Rückblick auf die Geschichte der verschiedenen Verträge nach dem Weltkriege legte der deutsche Anwalt dem Gericht einen hypothetischen Fall zur Erwägung vor: „Nehmen Sie den höchst unwahrscheinlichen Fall an, daß eine Macht zu seinen Banken sagt: „Zieht euer Geld aus diesem oder jenem Lande zurück.“ In einem solchen Falle würde die betreffende Nation sich einer ernsten Verletzung der Unabhängigkeit ihres Nachbarstaates schuldig machen.“ Er erwähnte keine Namen, aber von der Mehrheit der Anwesenden wurde vermutet, daß seine Zielscheibe Frankreich war.

Von dem Vertreter der Tschechoslowakei wurde beantragt, einen tschechischen Richter zur Behandlung des Falles hinzuzuziehen. Unter den Geschäftsregeln ist die Zulassung eines außerordentlichen Richters möglich. Der Gerichtshof entschied jedoch nach Erwägung der Frage gegen den Antrag der Tschechoslowakei.

Der frühere amerikanische Staatssekretär Frank B. Kellogg, eines der Mitglieder des Weltgerichts, beteiligte sich an den Verhandlungen. Hauptvertreter Frankreichs zur Bekämpfung der österreichisch-deutschen Zollunion ist der Kammerdeputierte Paul Boncour. Auffallend durch seine stattliche Größe von über 6 Fuß ist Hans Sperl von der österreichischen Delegation.

Die Eröffnung der Londoner Konferenz. Im sonst sorgfältig vor neugierigen Blicken bewahrten Sanktum des britischen Premiers im Unterhause zu London traten am 20. Juli die tonangebenden Staatsmänner aus 7 Ländern zu der ersten öffentlichen und formellen Sitzung der Konferenz von überragender Bedeutung zusammen, in welcher am grünen Tisch Mittel und Wege gefunden werden sollen, Deutschland vor dem finanziellen Zusammenbruch und die Welt vor einem Debacle zu bewahren.

Die erste Sitzung dauerte ein und drei viertel Stunden und gab den Premierministern Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands die Gelegenheit zu formellen Ansprachen, in welcher MacDonald die Weltlage, Laval den Standpunkt Frankreichs und Brüning die Lage Deutschlands darlegten.

MacDonald betonte in seiner Rede von vornherein den Ernst der Weltlage und die dringende Notwendigkeit einer Einigung der Mächte. „Der gegenwärtige Augenblick mag einer der großen Wendepunkte der Weltgeschichte zum Guten oder zum Schlimmen sein,“ sagte er. „Wenn wir keine Lösung für die gegenwärtige Krise finden, kann niemand voraussagen, zu welchen finanziellen und politischen Gefahren das führen mag.“ Dann legte er die Weltkrise dar, welche der Preissturz an Rohmaterialien und Gebrauchsartikeln herbeigeführt habe, und von welcher Deutschland trotz aller seiner Abwehrmaßnahmen namentlich so hart und schwer betroffen worden sei, und gelangte zu dem Befund: „Unsere Aufgabe ist es, das Vertrauen der ausländischen Kapitalsanleger zu Deutschland wiederherzustellen. Sonst wird es schwer halten, die Sturmflut einzudämmen, bevor sie ganz Mitteleuropa überwältigt — unter Herbeiführung nicht nur rein finanzieller, sondern auch sozialer und politischer Folgen, die kein Mensch richtig einzuschätzen vermag.“

Dann sprach der düstere französische Premier Laval. Er gab einen Rückblick auf die Art und den Geist, in welchem die Pariser Verhandlungen in der vergangenen Woche geführt wurden, und sprach die Hoffnung aus, daß eine loyale Zusammenarbeit Frankreichs und Deutschlands zur Wiederherstellung des Vertrauens und des Kreditwesens der Welt Platz greifen werde.

Nach ihm legte der Reichskanzler Brüning in ausgezeichnetem Englisch die Notlage seines Landes dar. Er führte statistische Zahlen zum Belege dafür an, wie weit der Finanzruin Deutschlands bereits fortgeschritten ist und welche heroischen Maßnahmen zu seiner Abwendung angeordnet sind. Dann erklärte er, daß Deutschland Hilfe brauche — ein langfristiges Darlehen von anderthalb Milliarden Mark und Prolongierung kurzfristiger Darlehen im Betrage von 600 Millionen Mark — und führte Deutschlands Auslandsgläubigern die Notwendigkeit zu Gemüte, daß die an Deutschland verübte Devisenentziehung aufhören müsse. Er gestand ein, daß die Golddecke der Reichsbanknoten „gestreckt“ werden müsse.

Frankreich und die Abrüstung. Auf der im Februar nächsten Jahres in Genf beginnenden internationalen Abrüstungskonferenz wird Frankreich in erster Linie die Forderung stellen, daß ihm die nationale Sicherheit zugestanden wird. Ein von der französischen Regierung veröffentlichtes offizielles Memorandum erklärt, die geographische Lage eines Landes spiele in den Bedürfnissen der nationalen Verteidigung eines Volkes eine große Rolle. In zwölf verschiedenen Punkten stellt das Memorandum fest, Frankreich müsse über eine Beweglichkeit der Landstreitkräfte verfügen, die der Beweglichkeiten der Flotten großer Seemächte gleichkomme. Auf der Genfer Konferenz müsse daher jeder Versuch, eine förmliche Gleichheit der Truppenstärke jedes Staates herbeizuführen, von vornherein ausgeschaltet werden. Mit anderen Worten, Deutschland und die übrigen durch die Weltkriegsverträge berührten Länder dürften daher nicht an eine Startgleichheit der militärischen Rüstung mit den Siegermächten denken.

Frankreich wiederholt in dem Memorandum sein Bedauern darüber, daß es ihm nicht möglich war, den Londoner Marinevertrag zu unterschreiben, spricht jedoch die Hoffnung aus, daß die Konferenz von 1932 Frankreich und Italien gestatten wird, „mit den britischen Nationen zu einer Einigung zu kommen und für die Dauer von mehreren Jahren ihre Schiffsbauten im Modus [illegible] zu definieren, um auf diese Weise die Arbeit der Konferenzen zu erleichtern.“

Eine Zusammenfassung des Memorandums enthält die folgenden 12 Punkte: 1. Die von den französischen Delegationen auf den bisherigen vorbereitenden Konferenzen verfolgte Abrüstungspolitik wird festgelegt. 2. Die französische Politik hält sich streng an die Verträge und Doktrinen, wie sie von verschiedenen Versammlungen des Völkerbundes definiert worden sind. 3. Frankreich besteht darauf, daß in einem System internationaler Solidarität, wie der Völkerbund es sein will, die Reduzierung der Rüstungen nur im Verhältnis zur gegenwärtigen Sicherung gegen einen möglichen Angreifer von Bedeutung sein kann. 4. Die Marinerüstung, wie sie durch gewisse Verträge aufgestellt worden ist, braucht nicht notwendigerweise als Norm für andere Länder zu gelten. 5. Eine allgemeine Beschränkung und Reduzierung der Rüstungen muß gemäß einer [illegible] eingeführt werden, je nach der geographischen Lage jedes Landes, mit besonderer Berücksichtigung der besonderen Erfordernisse nationaler Sicherheit, [illegible] 6. Frankreich muß seine Landstreitkräfte mit der gleichen [illegible] ausrüsten, mit der die Seemächte ihre Schiffsflotten [illegible] 7. Die Verteidigung des Mutterlandes, zusammen mit der Aufrechterhaltung der Sicherheit der weit verbreiteten Kolonialgebiete, [illegible] 8. Die französische Regierung hat [illegible] in Europa [illegible] eine Reduzierung der Marine und Luftprogramme vorgenommen. 9. Das Problem der allgemeinen Einschränkung der Rüstungen ist mehr politisch als technisch und wird nicht durch geometrische Tabellen, durch willkürliche Prozente oder durch empirische Angleichungen gelöst. 10. Die Reduzierung der Rüstungen setzt Vertrauen voraus und fordert Achtung vor bestehenden Verträgen und garantiert, [illegible] 11. Die Unsicherheit eines Staates bedeutet die Unsicherheit aller Staaten. [illegible] 12. Die französische Regierung ist überzeugt, daß die Konferenz von 1932 die Gelegenheit, die wichtigen Probleme der Friedensorganisation zu lösen, nicht ungenutzt vorübergehen lassen wird.

Die Staaten anerkennen Rußland nicht. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die Unterzeichnung des Genfer [illegible] Beitritt vor der Anerkennung zu [illegible] Sowjet-Regierung in Rußland an. [illegible]

[illegible]

Die deutsche Sprache in Elsaß-Lothringen

Die französische Regierung hat die Ergebnisse der 1926 vorgenommenen Volkszählung in Elsaß-Lothringen veröffentlicht. [illegible]

Die Gesamtbevölkerung Elsaß-Lothringens beträgt 1,779,386 Personen. [illegible]

[illegible]

[illegible]

Die Pariser Kolonialausstellung und die Koloniallüge

Aus Hamburg wird dem Courier unterm 4. Juli geschrieben:

Der Pariser „Figaro“ meldet: „Am letzten Freitag ist ein Flugblatt in Massen auf der Kolonialausstellung verbreitet worden. Das Flugblatt muß in Millionen von Exemplaren und in mehreren Weltsprachen herausgegeben worden sein. Daß Deutschland sich beklagt, seine Kolonien verloren zu haben, ist ganz in Ordnung, aber daß es — in unserer Kolonialausstellung Propaganda zur Wiedererlangung seiner Kolonien macht, ist wahrhaftig die Höhe. Man liest in dem verbreiteten Blatt — französische Ausgabe Nr. 125 — herausgegeben vom Deutschen Fichte-Bund, Sitz Hamburg, Colonnaden 47:

„Kamerun ist wirtschaftlich zurückgegangen. Die Deutschen haben mit ihrem gründlichen System der Pflanzungen tüchtige Arbeit geleistet, das Land ist durch ihre Wegschaffung ärmer geworden.

„Welche Methoden Frankreich anwendet, die Eingeborenen für den Heeresdienst zu gewinnen, kann man ahnen, wenn man an die Methoden denkt, die es angewandt hat, um seine Kolonien wirtschaftlich auszupressen.

„Aehnlich der belgischen, enthält auch die französische Kolonialgeschichte Beweise von entsetzlicher Grausamkeit gegenüber den Eingeborenen.

„Deutschland sind die furchtbarsten Tributlasten auferlegt, seine Grenzen sind beschnitten, seine Menschen auf engsten Raum zusammengedrängt. Es braucht ein Auswanderungsland für seinen Volkszuwachs. Es braucht die Kolonien, um die Tributlasten tragen zu können.

„Sechzig Millionen deutsche Menschen fordern die Erfüllung des feierlichen Versprechens Wilsons, die kolonialen Ansprüche weitherzig und unbedingt unparteiisch zu schlichten. Ohne eigene Kolonien kann Deutschland die ihm auferlegten Verpflichtungen nicht erfüllen. Daher fordert es Rückgabe seines gesamten Kolonialeigentums.“

Der „Figaro“ bezeichnet das Flugblatt als [illegible]. Er verschweigt aber, daß das erstangeführte Zitat, wie in dem Flugblatt ausdrücklich angegeben, aus der englischen Zeitung „Morning Post“ stammt, die wahrhaftig nicht verdächtig ist, deutschfreundlich zu sein. Wie der „Figaro“ meldet, habe sich ein Parlamentarier bereit erklärt, in offener Kammersitzung wegen dieses Vorfalls das Wort zu ergreifen. Es kann nur mit Genugtuung begrüßt werden, daß die Pariser Freunde des Hamburger Fichte-Bundes auf der Kolonialausstellung, die von zahlreichen Nationen besucht wurde, einen Vorstoß gegen die Koloniallüge unternommen haben.

Fünf Tote bei Flugzeugabsturz

[illegible], Minn. — Fünf Personen kamen ums Leben [illegible]

[illegible]

— Der frühere Immigranten [illegible]